

Kurzfassung

Master-Thesis

Das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz! [VÄndG]

Umsetzbar für Zahnärzte?

Dr. med. dent. Karen Meißner

Mit dem Erlass des VÄndG zum 1.1.2007 sah die Bundesregierung eine Flexibilisierung der vertragsärztlichen Tätigkeit vor, um das Gesundheitswesen effizienter und wettbewerbsfähiger zu gestalten. Durch die Liberalisierung der gesetzlichen Grundlagen wurden auch für die vertragszahnärztliche Tätigkeit neue Berufsausübungsmöglichkeiten geschaffen. Hervorzuheben sind insbesondere die Möglichkeiten zur Anstellung von Zahnärzten sowie zur Gründung von Zweigpraxen und überörtlichen Berufsausübungsgemeinschaften (ÜBAG).

Infolge allgemein steigender Kosten bei Begrenzung der Einkommenseite durch Gesundheitsreformen und Budgetierungen hat sich das Realwert-Einkommen der Zahnärzte in den letzten drei Jahrzehnten halbiert. Die Finanzierungsvolumina hingegen liegen im obersten Bereich und betragen für die Neugründung einer zahnärztlichen Einzelpraxis in den alten Bundesländern durchschnittlich 368.000,- Euro. Dementsprechend ist der Trend zu Kooperationen deutlich erkennbar. Zunehmender Wettbewerb und gesteigerte Anforderungen auch im Hinblick auf Spezialisierungen und technische Innovationen lassen die neuen Berufsausübungsformen verlockend erscheinen. Deren Umsetzung ist für den Zahnarzt jedoch in vielerlei Hinsicht limitiert.

Eine entscheidende Grenze in der Zahnmedizin ist die hohe Verpflichtung zur persönlichen Leistungserbringung am Patienten. Ungeachtet aller Paragraphen wird diese durch das besondere Zahnarzt – Patienten – Verhältnis mehr als in manch anderen ärztlichen Fachrichtungen verlangt. Diverse psychosoziale Aspekte bei zahnmedizinischen Erkrankungen wie bei der zahnärztlichen Behandlung selbst können die Delegation erschweren. Insbesondere komplexe Sanierungsfälle des stomatognathen Systems bedürfen eines koordinierenden Hauptbehandlers, der den Patienten als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Nur so kann insgesamt eine qualitativ hochwertige Versorgung gewährleistet und das Risiko von Behandlungsfehlern und zunehmenden Haftungsfällen minimiert werden.

Um den hohen Standard der zahnärztlichen Versorgung in Deutschland weiterhin aufrechtzuerhalten und einer Kommerzialisierung von Zahnarztpraxen entgegenzuwirken, haben die Selbstverwaltungsorgane restriktive Regelungen erlassen, die eine Umsetzung der neuen Möglichkeiten zusätzlich erschweren und teilweise unmöglich machen. Diese können – wie vielfach kommentiert – als Beharrungskräfte gegen Liberalisierung und Flexibilisierung gesehen werden. Gleichzeitig stellen sie jedoch Schutz vor leichtfertiger Gründung nicht klar durchdachter Praxiskonzepte dar.

Kern des Paradoxons VÄndG ist eigentlich der Zahnarzt selbst. Mangelndes unternehmerisches Knowhow begrenzt oftmals den Erfolg bereits kleinerer Praxisstrukturen sowie für eine langfristige Bindung innerhalb partnerschaftlicher Praxisstrukturen häufig die soziale und emotionale Kompetenz fehlt. Wie soll demnach die erfolgreiche Leitung einer zahnärztlichen ÜBAG langfristig gewährleistet sein, wenn viele Zahnärzte bereits an der örtlichen Sozietät mit nur einem weiteren Partner scheitern und die betriebswirtschaftliche wie unternehmerische Strukturierung einer Einzelpraxis existentielle Probleme bereitet? Die Gründung einer zahnärztlichen Zweigpraxis wird durch hohe Finanzierungskosten, begrenztes Budget und schwer zu erlangende Genehmigung deutlich eingeschränkt. Die Anstellung von Zahnärzten erscheint grundsätzlich vorteilhaft. Die Konkretisierung der Rahmenbedingungen nahmen die „Bundesmantelvertragspartner Zahnärzte“ jedoch wesentlich restriktiver als bei den Ärzten vor. Besonders hervorzuheben sind dabei die zeitlichen Beschränkungen der Tätigkeit sowohl des Vertragszahnarztes als auch des angestellten Zahnarztes an den weiteren Praxissitzen. Der

Faktor Zeit dürfte ohnehin eine natürliche Grenze in vielerlei Hinsicht darstellen. Insgesamt sind haftungs- und steuerrechtliche Konsequenzen derzeit nicht absehbar, können jedoch erheblichen Umfang annehmen und die Liquidität zahnärztlicher Praxen um ein Weiteres gefährden.

Tatsächlich ist nach knapp drei Jahren eine signifikante Umsetzung lediglich im Bereich der Anstellung erfolgt. So bleibt der Nutzen des VÄndG für Zahnärzte fraglich. Die „Leader“ haben es auch ohne VÄndG geschafft, mit professioneller Beratung juristische Schlupflöcher zu finden, um große Praxisstrukturen zu gründen. Dabei sollte bewusst werden, dass Innovation und Zielerreichung nicht vom Gesetzgeber abhängen, sondern der eigene Wille Triebfeder und Schlüssel zum Erfolg ist. Wer den zahnärztlichen Beruf nur in geringerem und weniger verantwortungsvollem Umfang ausüben wollte, konnte auch dies schon immer.

Seit Erlass des VÄndG wird vielfach die Gefahr thematisiert, dass vom Gesetzgeber deutlich die Richtung in ein staatlich gelenktes Gesundheitswesen eingeschlagen wird. Effizienten Unternehmensstrategien entsprechend, soll über Dezentralisierung zur Optimierung von Prozessen die Finanzierung des Gesundheitswesens sichergestellt werden. Das VÄndG musste erlassen werden, um die Umsetzbarkeit der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zu erleichtern. Insgesamt kann das Beschreiten der „neuen Wege“ durchaus als Gefahr für die Freiberuflichkeit des Zahnarztes wegen Abtreten des Managements und der eigenen Entscheidungsbefugnis mit Einschränkung des eigenen kreativen Handlungsspielraumes gesehen werden.

Besinnung auf die Wertigkeit des freien Berufes mit der Verantwortung für die Gesundheit anderer sollte Ziel allen Handelns sein. Sich dabei an gesetzliche Vorgaben insbesondere des Berufsrechts zu halten, kann „moderne Unternehmensstrategien“ von alleine wachsen lassen. Achtung des Grundgesetzes, gelebtes Qualitätsmanagement mit individuellem Service am Patienten und kontinuierliche Fortbildung zur fachlichen Kompetenzsicherung können die zahnärztliche Einzelpraxis auch zukünftig erfolgreich sein lassen. Wirtschaftlicher Erfolg wird sich langfristig jedoch nur erzielen lassen – egal in welcher Praxisstruktur – wenn zusätzlich die Gesetzmäßigkeiten der freien Marktwirtschaft beachtet und die Grundsätze der Betriebswirtschaft angewandt werden.

Verantwortung zu übernehmen sollte die Leitlinie für jeden Zahnarzt sein - mit dem Bewusstsein, dass der zahnärztliche Beruf mit wachsender Kompetenz das Bedürfnis nach Autonomie mehr als viele andere Berufe wachsen lässt. Globalisierung und europäische Integration stellen einerseits die Weichen für einen wachsenden Gesundheitsmarkt, verschärfen jedoch den Wettbewerb auf dem Preissegment. Die Notwendigkeit gesundheitspolitischer Reformmaßnahmen kann nicht bestritten werden. Diese werden aber kaum mit der Abschaffung von Budgetierungen einhergehen. Die zunehmende Feminisierung des zahnärztlichen Berufsstandes sowie die demographische Entwicklung Deutschlands und Europas bedürfen eines Umdenkens in vielerlei Hinsicht. Es wird in Zukunft vielfältige Versorgungsstrukturen geben. Chancen sind im wachsenden Gesundheitsmarkt reichlich geboten. Diese erfolgreich zu nutzen setzt infolge der weltweiten Finanzkrise mehr denn je nicht nur Kompetenz und persönlichen Einsatz, sondern vor allem Optimismus, Kreativität und Zuverlässigkeit voraus.

Summary

Master-Thesis

The Panel Physicians Amendment Act! [Vertragsarztrechtsänderungsgesetz – VÄndG]

Feasible for dentists?

Dr. med. dent. Karen Meißner

With the enactment of the Panel Physicians Amendment Act on 1.1.2007, the federal government provided flexibility within contractual medical performance, in order to make the healthcare system more efficient and competitive. Through the liberalization of the legal fundamentals, new professional practice possibilities were also created within the field of contractual dental performance. The possibilities of dentist employment, as well as the foundation of branch practices and translocal professional practice communities (ÜBAG) are to be highlighted.

Due to generally rising costs and limitation of revenue through health reforms and budgeting, the real-value income of dentists in the last 30 years has been cut in half. On the contrary, the funding volume is in the highest range and amounts for the new foundation of a dental practice in the old federal states averaging 368.000,- Euros. Accordingly, the trend toward cooperation is high. Growing competition and increased demands, also with regards to specialization and technical innovation, make the new professional practice forms seem tempting. With implementation, the dentist, however, meets up against limitations in many cases.

A crucial limit in dentistry is the high obligation to personal service on patient. Regardless of all legal clauses, the special dentist – patient – relationship requires personal care more than in other medical disciplines. Various psychosocial aspects of dental diseases, such as the dental treatment itself, can complicate the delegation. Especially in complex rehabilitations of the stomatognathic system a coordinating principal practitioner is required, who should be available to the patients as a contact person. Only in this way a high quality level of dental supply can be ensured and the risk of malpractice and the increase of liability cases can be minimized.

In order to further maintain the high level of dental supply and to counteract the commercialization of dental practices, the self-administration organs have enacted restrictive regulations, making the shift to new possibilities more difficult and partly impossible. These can be seen, as frequently commented on, as hinderances to liberalization and flexibility. But at the same time, there exists protection for the frivolous establishment of incompletely developed practice concepts.

The core of the paradox VÄndG is the dentist himself. Lack of entrepreneurial know-how limits the success of smaller practice structures. Frequently, the social and emotional competence required for a long – term connection within partnership practice structures is missing. On a long – term basis, successful management of a dental ÜBAG seems doubtful, since many dentists already fail to manage a local cooperation with only one additional partner and since the business management and corporate structuring of a single practice causes existential problems.

The foundation of a dental branch practices will be significantly restricted by high financing costs and limited budget. To get authorization is also difficult. The employment of dentists appears to be fundamentally beneficial. However, their activity is subject to restrictive regulations. The concretization of the framework took the “mantle federal contractors dentists” much more restrictive than the doctors. Additionally, of particular note are the time restrictions on the activities of both the panel and the employed dentist at the other practice seats. The time factor may already constitute a natural boundary in many ways. Overall, the liability and fiscal consequences are not foreseeable at present. But they can be assumed to a considerable extent and may be a further risk for the liquidation of dental practices.

In fact, after nearly three years, a significant reaction takes place only in the field of employment. Thus, the benefit of VÄndG for dentists remains questionable. The leaders were also successful at establishing large practice structures, using professional advice regarding legal loopholes, without VÄndG. Therefore, it should be known, that innovation and goal-attainment are not dependent on legislature, but rather the key to success is the motivating force of personal will. Whoever wants to practice dentistry on a smaller scale with less responsibility could already do this before.

Since the adoption of VÄndG, the threat that the legislature goes clearly in the direction of a state – controlled healthcare system is frequently subject of discussion. Efficient business strategies accordingly, through decentralization for optimization of processes the financing of the healthcare system should become more secure. The VÄndG had to be enacted in order to facilitate the practicability of Medical Care Centers (MVZ). All in all, the implementation of the ‘new ways’ can absolutely be seen as a danger to the freelance status of dentists due to the assignment of management. It can also be seen as a danger to the personal decision-making authority, restricting the personal creative freedom of action.

Reflection on the significance of freelance profession with the responsibility for the health of others should be the goal of the dealings. Holding to legal guidelines, particularly regarding professional code, can, on its own, allow ‘modern business strategies’ to grow. Respecting the fundamental law [Grundgesetz], individual quality management with perfect service for the patients and continuing advanced education for skilled competence assurance, could also allow dental single practice to obtain success in the future. However, economic success would only be achieved for the long-term – no matter the practice structure – if additionally the legality of the free market economy is respected and the principles of business economics are applied.

Responsibility should be the main goal of dentists, with the awareness, that the more the competence within the dental professional grows, with it, the need for autonomy, more than in other professions, will be allowed to grow. Globalization and European Integration, on the one hand, throw the switches for action in a growing healthcare market, while intensifying, on the other hand, the competition in the cost segment. The necessity of health political reform measures cannot be contested. These would, however, hardly go along with the abolition of budgeting. The increase in feminization of the dental profession and the demographic development of Germany and Europe requires rethinking in many respects. In the future, there may be various health care structures. Opportunities are abundant offered in the growing health market. Following the financial crisis, their successful implementation requires more than ever competence and personal application, but also optimism, creativity, and reliability.